

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特節中  
報發號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien  
Trenn der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonntag, den 11. Juni 1933.

Nummer 825

## Die Auslandspressen zu dem Moratorium

Berlin, den 9. Juni (Transocean A.). An der heutigen Börse herrschte eine ruhige Tendenz. Die Reaktion des Auslandes auf das am Donnerstag erklärte Moratorium zeigte fast ausnahmslos, dass man für Deutschlands wirtschaftliche Lage volles Verständnis hat. Das ist um so erfreulicher, als die Weltwirtschaftskonferenz am nächsten Montag in London eröffnet.

Die einzige Ausnahme bildet Paris, wo die halbamtliche Petit Parisien eine feindliche Haltung einnimmt. Diese Zeitung erklärt, dass sich Dr. Schacht dies treulose Manöver wohl überlegt hat, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, einen starken Druck auf die Weltwirtschaftskonferenz auszuüben. Schacht hat zunächst alle der Reichsbank eingeräumten Kredite zurückgezahlt, und auch die Kredite der Gold-Diskont-Bank sind abgedeckt worden, obgleich dazu keinerlei Veranlassung vorlag. Der einzige Zweck war, die Golddeckungsrate bis zu einer gefährlich aussehenden Zahl zu reduzieren, um dauernd wiederholen zu können, dass Deutschland keine Transfer-Zahlungen leisten kann. Das bedeutet, dass Deutschland von den Weltmächten eine Sonderbehandlung, vor allem in der Beseitigung der Zollerhindernisse für den deutschen Exporthandel, wünscht.

Sollte man in diesem Punkte nachgeben, wird die deutsche Industrie den Welt-Markt mit ihren Produkten überschwemmen.

Die „Journé industrielle“ weist darauf hin, dass der Reichsbankpräsident die Absicht habe, die Privatinteressen der deutschen Gläubiger mit den öffentlichen Interessen der Weltwirtschaftskonferenz in Verbindung zu bringen, was auf jeden Fall vermieden werden muss. Das ist offenbar Dr. Schachts Schlachtplan, nachdem er eine weitere Konferenz zwischen der Reichsbank und den Gläubigern am nächsten Dienstag in London arrangiert hat. Dr. Schacht hofft auf die Weise, die Gläubiger auf seine Seite zu ziehen.

und mit ihnen zusammen in ihrem eigenen Interesse die Sache Deutschlands zu vertreten.

Dagegen besagen die aus London eintreffenden Meldungen, dass das Moratorium keine Ueberraschung gewesen sei, denn man habe es erwartet.

„Daily Telegraph“ schreibt, dass man Genugtuung empfinden könne, da die „kurzfristigen Stillhalte-Gläubiger“ von dem Moratorium nicht betroffen werden, und da zweitens das Moratorium erst am 1. Juli in Kraft tritt. Was die langfristigen Gläubiger anbelangt, ist der Telegraph der Ansicht, dass Dr. Schacht bald einigen Gläubigern gegenüber eine Ausnahme machen wird, sobald die Reichsbank im Besitz genügender Mittel an ausländischen Devisen ist, mit denen sie Zahlungen leisten kann.

Einige Zeitungen sagen, dass man in London absolut anerkenne, dass Deutschland nicht mehr zahlen könne als sein Ausfuhrüberschuss betrage. London hat jetzt ebenso wie früher Glauben in Dr. Schachts guten Willen. Trotzdem werden die Gläubiger natürlich nicht ihre berechtigten Ansprüche aufgeben.

Die „Times“ erklärt ferner mit Genugtuung, dass die „Stillhalte-Gläubiger“ von dem Moratorium ausgenommen sind.

Svenska Dagbladet, Stockholm, schreibt, dass wenn man die Notierungen der deutschen Anleihen an den Auslandsbörsen betrachte, man zugeben müsse, dass die deutsche Moratoriums-Massnahme im Ausland gut aufgenommen worden sei.

Von Amsterdam kommt die Nachricht, dass die Niederländische Bank in der Presse einen Aufruf an alle holländischen Gläubiger veröffentlicht habe, in welchem sie — soweit es sich um Stillhalte Gläubiger handelt — aufgefordert werden, Art und Höhe ihrer Forderungen vor dem 20. Juni bei der Bank anzumelden, sodass, wenn irgendwelche Sonderverhandlungen über die mit dem Moratorium zusammenhängenden Schwierigkeiten stattfinden sollten, die Bank über die genaue Höhe der holländischen Forderungen unterrichtet ist.

Arbeit verschafft, sondern es muss ihnen auch ein gewisses Minimum in der Teilnahme an den Segnungen der Zivilisation garantiert werden. Folgende dringende Forderungen wurden erhoben: Stabilisierung der Weltwährungen, Massnahmen zur Verhinderung von grossen Preisschwankungen, Beseitigung der für den internationalen Warenaustausch bestehenden Hindernisse und Hebung der Kaufkraft des Volkes.

Der Vertreter der deutschen Regierung, Dr. Engel, sagte hierzu, dass Deutschland diesen Beschluss von Herzen unterstütze, da es den Standpunkt vertrete, dass menschliche Arbeit eines der grössten Aktive des Wirtschaftslebens sei.

## Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Berlin, den 9. Juni (Transocean A.). Nach der am letzten Freitag veröffentlichten amtlichen Statistik hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder in erfreulichem Masse abgenommen. Während die Abnahme in der ersten Hälfte Mai 80 000 betrug, erreichte diese Zahl in der zweiten Hälfte sogar 212 000. In derselben Zeit des letzten Jahres betrug der Rückgang der Arbeitslosen Zahl 93 000.

Ende Mai betrug die Zahl der Arbeitslosen 5 Millionen. Die Höchstzahl betrug in diesem Jahr 6 Millionen. Mit der 5 Millionen Zahl ist die Minimalgrenze des letzten Jahres um 60 000 unterschritten.

## Der Wochenbericht der Reichsbank

Berlin, den 9. Juni (Transocean A.). Der am letzten Freitag veröffentlichte Wochenbericht der Reichsbank zeigt, dass die Reserven an Gold und ausländischen Währungen um 13,6 Millionen Reichsmark auf 435,6 Millionen zurückgegangen sind, und dass der Notenumlauf ebenfalls um 96,2 Millionen auf 3372,6 Millionen Mark gefallen ist.

Nach Abzug der kurzfristigen, in diesem Monat rückzahlbaren Kredite ist die Deckungsrate von 7,5% auf 7,3% zurückgegangen.

## Die Reichsfinanzen

Berlin, den 9. Juni (Transocean K.). Die Bilanz des Reiches für das Jahr 1932 zeigt ein Defizit in Höhe von 1 880 000 000 Mark, wovon 1 696 000 000 Mark aus den vergangenen Jahren stammen. Das Defizit im Jahre 1932 belief sich also nur auf 190 000 000 Mark. Diese verhältnismässig kleine Steigerung des Defizits ist durch die systematische Schuldentilgung entstanden, wofür 420 000 000 Mark vorgesehen und ausgegeben worden sind.

## Eine lahme Verteidigung und ein kräftiger Angriff

### Zwei Stimmen zum Opiummonopol in der Mandschurei

Von Vincenz Hundhausen

Die Schriftleitung der Manchuria Daily News hat die undankbare Aufgabe übernommen, das Opiummonopol in der Mandschurei als eine Kulturtat und einen erstlichen Schritt zur Opiumbekämpfung zu verteidigen. Wir Deutsche haben allen Grund das Bemühen dieser Zeitung um die Reinigung des eigenen Stalles mit Neugier und Interesse zu betrachten; derselben Zeitung, die sich bewogen fühlte, die unsinnigsten Schauermärchen über Deutschland zu verbreiten und sich pharisäerhaft um den Anstand und die Ordnung in unserem Heimatlande zu kümmern. Gewiss ist die Benutzung des Opiummonopols als eines Mittels zum „kulturellen“ Aufbau der mandschurischen Provinzen nicht der einzige Schönheitsfehler des neuen Staates. Aber er ist, wie an dieser Stelle wiederholt gezeigt wurde, ein Schönheitsfehler, der durch keine Notwendigkeit entschuldigt werden kann, der einzig und allein hemmungloser Gewinn gier seine Entstehung verdankt, einer Gewinn gier, der es nicht darauf ankommt, aus der Förderung eines Lasters, aus der Verkümmern und Verwahrlosung der eigenen Untertanen eine Einnahmequelle zu machen.

Hier ist die vollständige Uebersetzung des Verteidigungsversuches, der am 25. April als Leitartikel in der Manchuria Daily News erschien, unter dem bezeichnenden Titel:

### Das Opiumverbot

Eine der grossartigsten Reformen, die von dem Staate der Mandschurei beabsichtigt sind, ist die Opiumausrottung. Beabsichtigt ist der richtige Ausdruck, obgleich das betreffende Gesetz bereits erlassen und verkündet ist. Denn die Unterdrückung eines lange bestehenden Giftgenusses ist mit einer papierernen Bestimmung noch nicht getan. Gesetze sind ausgedacht worden, um dem Laster und seinen Quellen, der Herstellung und der Beschaffung zu begegnen. Aber eine Wille von Stahl und ein über jede Bestechlichkeit erhabenes Gewissen müssen jetzt diese Gesetze zur Durchführung bringen. Das Ideal ist eine opiumfreie Mandschurei in zehn Jahren. Ideale können nicht erreicht werden ohne den harten, alten Bundesgenossen aller Reformen, die Strenge der Durchführung der Gesetze.

Der Kern der Monopolverordnung in der Mandschurei ist der Grundsatz, dass alle Opiumsüchtigen bis zu einem bestimmten Tage registriert werden müssen. Diese sollen dann durch genehmigte Verkaufsstellen mit ständig verminderten Mengen des Giftes versorgt werden. Auch die Verkaufsstellen werden bis zu einem bestimmten Tage registriert und keine weiteren nachher mehr zugelassen.

Unter den Händlern des ganzen Landes hat ein Wettrennen um die Regierungslizenzen für Monopolverkaufsstellen begonnen. Viele von ihnen gründen Filialen, um so viele Lizenzen in ihre Hand zu bekommen wie nur möglich. Das ist eine schlimme Erbschaft aus der Zeit des alten Regimes. Alle alteingesessenen Schmugglerelemente bemühen sich um Zulassungen, und man kann die Schwierigkeiten verstehen, die eine entgegenkommende Regierung gegenüber einem derart starken Wettbewerb zu überwinden hat. Natürlich können die bekannten und vertrauenswürdigen Führer der Regierung von Hsinking sich nicht um alle Einzelheiten kümmern. Sie müssen einen Teil ihrer Aufgabe in andere Hände legen, und die Erfahrung muss die Zuverlässigkeit und Unbestechlichkeit solcher Unterbeamten erst rechtfertigen. Wenn ein Laden zum Beispiel bereit ist, 5000 \$ für eine Zulassung zu zahlen, dann gehören Männer von Charakter dazu, der Versuchung zu widerstehen. Ist die Regierung gewiss, dass die grösstmöglichen Sicherungen getroffen sind, um dem Verkauf von Lizenzen zu begegnen und die äusserste Begrenzung der Anzahl der Zulassungen zu gewährleisten? Wir sind überzeugt, dass so selbstlose, dem Gemeinwohl dienende Führer wie Hsi-Hsia, Chang Chung-hui, Tsang Shi-yi, Ting Tien-hsu, Sun Chi-chang und deren Namen in der Öffentlichkeit einen guten Klang haben, keine Gelegenheit übersehen werden, Versuchen für die Beamten und die in Aussicht genommenen Verkaufsstellen aus dem Wege zu räumen. Sie werden mit Freude davon Kenntnis nehmen, dass die Mandschurei ihre Bemühungen zum Wohle des Volkes aufmerksam verfolgt und ihnen alle Unterstützung leiht, damit die Opiumkontrolle mit Strenge gehandhabt wird und kein Raum bleibt für Korruption und Bestechung.

Opiumraucher, die einen Vorrat erhalten wollen, müssen Berechtigungsscheine haben. Soweit aus den

## Die Internationale Arbeitskonferenz

Genf, den 8. Juni (Transocean K.). Heute ist hier die XVIIte Arbeitskonferenz eröffnet worden, an der Abgeordnete von 48 Mitgliederstaaten und 2 Beobachter von 2 weiteren Staaten teilgenommen haben. Die Vereinigten Staaten nehmen zum ersten Mal an der Konferenz teil. Vor der Stimmenabgabe zur Wahl des Vorsitzenden der Konferenz ereignete sich ein bedauerlicher Zwischenfall als der französische Delegierte Jouhau erklärte, dass Dr. Ley, der deutsche Abgeordnete, nicht im Namen der deutschen Arbeiter sondern im Namen des deutschen Regierungssyndikats spreche, denn er sei Reichskommissar, und als solcher sei er nach Genf gesandt, um die deutsche Delegation zu kontrollieren. Dann wurde der italienische Abgeordnete de Michalis zum Vorsitzenden gewählt, wobei die marxistische Delegierten sich der Teilnahme an der Abstimmung enthalten haben. In seiner Eröffnungsrede gab der neue Vorsitzende vor der Konferenz eine Uebersicht über die Aufgaben bekannt. Dann sprach er über die enge Verbindung zwischen allen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die in Verbindung mit der Lohnfrage und dem Lebensstandard der Arbeiter entstehen. Was die Frage der Kürzung der Arbeitstage anbelangt, so werden die Untersuchungen darüber vielleicht in Erwägung gezogen werden müssen.

Während der ersten inoffiziellen Sitzung der Konferenz kam es zwischen der marxistischen Mehrheit einerseits und dem italienischen Arbeiterabgeordneten Raza und dem deutschen Nationalsozialisten Dr. Ley andererseits zu einem heftigen Zusammenstoss. Wie in vergangenen Jahren die Abgeordneten der Zweiten Internationale sich geweigert haben, die Vertreter der faschistischen Arbeiter in die verschiedenen Komitees zu wählen, so dehnt sich dieser Boykott jetzt natürlich auf die nationalsozialistischen Delegierten aus. Der italienische Delegierte hat scharfen Protest eingelegt. Gegen Dr. Ley wurden Beschimpfungen laut. Als sich letzterer an den belgischen Vorsitzenden Mertens um Schutz wandte, erklärte dieser, dass ihm keine Macht zur Verfügung stehe, dagegen einzuschreiten, worauf Dr. Ley erklärte, dass er unter diesen Umständen sich gezwungen sehe, an weiteren Unterredungen nicht teilzunehmen, denn er halte sie für unter der Würde des Landes, das er vertrete.

Genf, den 9. Juni (Transocean A.). Die Internationale Arbeitskonferenz hat beschlossen der Weltwirtschaftskonferenz die Erklärung vorzulegen, dass 30 Millionen Arbeiter in der Welt der Möglichkeit beraubt worden sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es ist nicht nur notwendig, dass man diesen Leuten wieder